

Factsheet Türkei

Stand: Juni 2024



Karte: CIA, 2006.

1 Facts & Figures

Bevölkerung. Gemäss [Statistikinstitut der Türkei](#) (2024) 85 Millionen. 93% der Bevölkerung lebt in Distrikt- und Provinzzentren, 7% in Städten und Dörfern («towns and villages»).

Ethnien. Türkisch 70% bis 75%, kurdisch 19%, andere Minderheiten 6% bis 11% ([Schätzung 2016](#)).

Religion. Islam [99.8%](#) (hauptsächlich sunnitisch, Anteil Aleviten geschätzt mit grosser Bandbreite von [4% bis 31%](#)), andere 0.2% (hauptsächlich Christen- und Judentum).

Politisches System. Präsidentialrepublik. Präsident: Recep Tayyip Erdoğan ([seit 2014](#)).

2 Risikoprofile

- Personen, die mutmassliche **Verbindungen zur Gülen-Bewegung** aufweisen und ihre Familienangehörigen

- Personen mit mutmasslichen **Verbindungen zur verbotenen Guerilla «Arbeiterpartei Kurdistans» PKK**, PKK-nahen Gruppierungen oder den PYD/YPG und ihre Familienangehörigen
- Kurdische Politiker*innen, insbesondere der Parteien **DEM** (ehemals HDP) und **DBP**, Unterstützende und Mitglieder der DEM und DBP
- **Menschenrechts-**, Bürgerrechts- und politische **Aktivist*innen**, Umweltaktivist*innen, Personen, die Menschenrechtsverletzungen dokumentieren
- Kritische **Medienschaffende** und deren **Familien**
- Personen, die sich **öffentlich oder in sozialen Medien regierungskritisch** äussern
- **Anwält*innen** (werden aufgrund der rechtlichen Vertretung von Gülenist*innen oder PKK-Verdächtiger ebenfalls terroristischer Aktivitäten beschuldigt)
- Angehörige bestimmter **Gewerkschaften**
- **Frauen und Kinder** (Gewalt im [Namen der Ehre](#), [Gewalt](#) gegen Frauen, [Kinderheirat](#)).
- **Exilpolitisch** regierungskritisch aktive Personen
- **LGBTIQ+** (Hassverbrechen)

3 Jüngste Entwicklungen

Hohe Inflation und Lebenshaltungskosten. In der Türkei stiegen die Lebenshaltungskosten 2023 weiter an. Im Oktober lag die Nahrungsmittelinflation bei über 72 Prozent, und die allgemeine Inflationsrate betrug Ende des Jahres [mehr als 64](#) Prozent.

Wiederaufbau nach Erdbeben. Ein Jahr nach dem Erdbeben vom Februar 2023 gab es noch rund [700'000 Binnenvertriebene](#), die in temporären Unterkünften lebten. Der Wiederaufbau der rund [850'000 zerstörten](#) Wohneinheiten verlief wegen der schwierigen Wirtschaftslage schleppend. Im Frühling 2024 waren erst [46'000](#) bis [75'000](#) neue Wohneinheiten erstellt.

Strafverfahren gegen Kritiker*innen der Regierung. Nach wie vor geht der türkische Staat gegen Menschenrechtsverteidigende, Journalist*innen, Oppositionspolitiker*innen und weitere Kritiker*innen [strafrechtlich](#) vor. Die Behörden setzen dabei weiterhin auf [Terrorismus- und Verleumdungsklagen](#), während die [Unabhängigkeit](#) der Justiz [stark beeinträchtigt](#) ist. Im Herbst 2023 [bestätigte](#) das Kassationsgericht die lebenslange Strafe gegen den Menschenrechtsaktivisten Osman Kavala. Das [2022 in Kraft gesetzte](#) «Fake News»-Gesetz wurde gegen [Journalist*innen und Social-Media-Nutzer*innen](#) eingesetzt.

Vorgehen gegen angebliche Gülenist*innen und PKK-Mitglieder. Weiterhin laufen unfaire Strafverfahren gegen zehntausende Personen wegen angeblicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung. Im August 2023 befanden sich laut Justizministeriums mehr als [15'000](#) Personen wegen dieser Vorwürfe in U-Haft oder verurteilt im Gefängnis. Auch nach den Präsidentschaftswahlen im Mai 2023 organisierten türkische Behörden im Ausland weiterhin [Entführungen und Überstellungen](#) von Personen mit angeblichen Verbindungen zur Gülen-Bewegung oder liessen sie mittels [Interpol](#) ausschreiben. Im Jahr 2023 wurden [Hunderte von Personen](#) wegen angeblicher [Verbindungen](#) zur [PKK](#) verhaftet. NGOs schätzten, dass rund [8500 PKK-Verdächtige](#) in U-Haft oder verurteilt im Gefängnis sassen.

Hassreden gegen LGBTIQ+. [Hassreden](#) von [Politik](#) und Behörden gegen Angehörige der LGBTIQ+-Community nahmen im Vorfeld der Wahlen im Mai 2023 nochmals zu. Unter anderem erklärte Präsident Erdoğan, dass «[LGBT ein Gift](#)» sei, dass «der Institution der Familie injiziert wurde». Die zunehmende Anti-LGBTIQ+-Rhetorik hochrangiger Funktionäre

führte laut Menschenrechtsaktivist*innen zu [mehr öffentlicher Ablehnung und Gewalt](#) gegen LGBTQI+-Menschen.

Weiterhin hohe Zahl an Femiziden. Zwei Jahre nach dem Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention wurden gemäss [NGO-Bericht](#) im Jahr 2023 mindestens 315 Femizide und 248 verdächtige Todesfälle gezählt.

Straflose Folter und Misshandlungen. Vorwürfe von Folter und Misshandlungen in Polizeigewahrsam seit 2016 werden weiterhin ungenügend untersucht und Täter gehen oft [straffrei](#) aus. Einige Sicherheitskräfte wenden [weiterhin Folter und Misshandlungen](#) an, wobei Personen mit angeblichen Verbindungen zu PKK oder der Gülen-Bewegung [wahrscheinlicher](#) zum Ziel werden. Misshandlungen durch Polizeikräfte sind [im Südosten häufiger](#).

Verfahren gegen HDP und Namensänderung zu DEM. Das Verfahren zum [Verbot der pro-kurdischen Partei HDP](#) ist noch nicht abgeschlossen. Die Partei hat im [Oktober 2023](#) ihren Namen zu «Peoples' Equality and Democracy Party» (DEM) geändert. Im Juni 2024 wurde ein Bürgermeister der DEM-Partei in der Hakkari-Provinz [verhaftet](#) und [abgesetzt](#).

Militäroperation gegen PKK und Anschlag in Ankara. Die [türkischen Militäroperationen](#) gegen die PKK konzentrierten sich im Jahr 2023 vor allem auf den Nordirak und zunehmend auf den Nordosten Syriens, aber auch im [Südosten der Türkei](#) wurden Sicherheitsoperationen durchgeführt. Im Oktober 2023 verübte eine mit der PKK verbundene Gruppe in Ankara ein [Selbstmordattentat](#), bei dem zwei Polizisten verletzt wurden.

4 Praxis Schweizer Behörden

Sinkende Schutzquote SEM. Zahlen des SEM für [2023](#): Anerkennungsquote 46.4%. Schutzquote (Positiv + VA): 50.3%. Zahlen für [2022](#): Anerkennungsquote 70.5%. Schutzquote (Positiv + VA): 76.3%.